
Buchbesprechungen

Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Mit einem Vorwort von Gerhard A. Ritter (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, herausgegeben von Gerhard A. Ritter, Bd. 12) Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger, Bonn 1999, 1184 S., 98 DM.

„Die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 markiert den wohl tiefsten Bruch in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: Binnen weniger Monate wurden die Gewerkschaften aller Richtungen zerschlagen oder „gleichgeschaltet“, die Arbeiterparteien verboten und die Zentralverbände der Kulturbewegung aufgelöst. Für zwölf Jahre wurde die Arbeiterbewegung unterdrückt, in den Untergrund oder ins Exil getrieben. Terror und Verfolgung prägten den Alltag: Anpassung, „innere Emigration“, Verweigerung, Widerstand oder Flucht ins Ausland - das waren die Verhaltensalternativen für die Funktionäre, Führer und Mitglieder der Arbeiterorganisationen“, so beginnt Michael Schneider seine Darstellung „Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939“. Michael Schneider, durch zahlreiche Veröffentlichungen ausgewiesener Historiker der deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, speziell der Geschichte der Gewerkschaften, will seine Untersuchung als Beitrag zur Geschichte des Arbeiterlebens, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Geschichte des „Dritten Reiches“ verstanden wissen. Das Werk stellt Band 12 der von Gerhard A. Ritter herausgegebenen Reihe „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts“ dar; 6 Bände liegen bereits vor. Der Herausgeber macht im Vorwort die erfreuliche Mitteilung, dass diese Reihe bis zur

deutschen Vereinigung 1990, getrennt für die Westzonen und die Bundesrepublik bzw. die SBZ und die DDR, fortgesetzt wird. Erfreulich für jeden, der mit den bisher erschienenen Bänden arbeitet: etwas Besseres gibt es für diesen Themenbereich nicht. Schneider hat seine Arbeit umfassend angelegt: „Sie beschränkt sich nicht auf die industrielle Arbeiterschaft, nicht auf männliche Arbeiter, nicht auf eine politische Richtung der Arbeiterbewegung und nicht auf den politischen Widerstand“ (S.12). Er macht immer wieder deutlich, dass seine Untersuchung keine allgemein gültigen Ergebnisse haben kann. So wie nicht von „den“ Arbeitern und „der“ Arbeiterbewegung gesprochen werden kann, so lässt sich auch nicht „das“ Verhalten „der“ Arbeiterbewegung unterm Hakenkreuz darstellen. Regionale, geschlechtsspezifische oder z.B. milieubedingte Differenzierungen sind zu untersuchen und zu beachten. Ergebnisse lassen sich oft nur für Teile der Arbeiterschaft einigermaßen aussagekräftig darstellen. Die Untersuchung Schneiders ist in vier große Kapitel gegliedert. Zunächst behandelt er die Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933, „verfolgt, unterdrückt und aus dem Land getrieben“. Am Anfang der „kampflosen Kapitulation“, wie es Manfred Scharrer einmal formuliert hat, standen Defizite der politischen Strategien: „...die Unterschätzung des Machtwillens und der Rücksichtslosigkeit der Nationalsozialisten und die Überschätzung der Loyalität von Verwal-

tung, Justiz und Polizei zu Verfassung, Institutionen und Geist der demokratischen Republik standen am Anfang des Untergangs der Arbeiterbewegung" (S. 119). Zusätzlich hat die Spaltung der Arbeiterbewegung die Machtergreifung der Nazis erleichtert. Jenseits aller, oftmals erst nach 1933 geäußerten Erwartungen, eine Aktionseinheit zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Arbeiterbewegung hätte, wenn schon nicht die „Machtergreifung“ verhindern, so doch zumindest ein positives Zeichen des Widerstandes, eben keine „kampflose Kapitulation“, geben können, war die Aktions-einheit, so Schneider, aufgrund der jahrelangen hasserfüllten Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD im Frühjahr 1933 illusionär. Nach der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung wollten die Nationalsozialisten die Arbeiter für sich gewinnen.

Mit den vielfältigen Bemühungen der Nazis „um die Seele der Arbeiter“ befasst sich das zweite Kapitel. Mit einem ungeheueren Propagandaaufwand wurden z.B. Maßnahmen der Deutschen Arbeitsfront (DAF), speziell Kraft-durch-Freude-Maßnahmen, als Teil des „nationalen Sozialismus“ auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“ gepriesen. Schneider, der deutlich hervorhebt, dass die DAF „unverkennbar auch“ (S. 240) als Interessenvertretung der Arbeitnehmer - durchaus mit Erfolg - tätig war, zeigt, dass die nationalsozialistische Herrschaft in der Vorkriegszeit gekennzeichnet war durch die „Doppelung von Umwerben und Unterdrückung der Arbeiterschaft“ (S. 19f.). „Die Vorkriegsjahre waren also von einer durchaus widersprüchlichen Entwicklung gekennzeichnet: Einerseits nahm die Zahl der (industriellen) Arbeiter, eben als Folge der forcierten Aufrüstung, drastisch zu; doch andererseits zielte die nationalsozialistische Politik darauf, dass sich daraus keine Stärkung der Arbeiterschaft als Klasse entwickelte. Mit der gewerkschaftlich-politischen Entrechtung, dem massiven Einsatz von Terror und Gewalt, der propagandistisch geführten „Aufhebung“ des Klassenkampfes in der „Volksgemeinschaft“ und einer weitgespannten politisch-kulturellen „Betreuung“ betrieb das Regime in einem alle Lebensbereiche umfassenden Sinne die „Entproletarisierung“ des Arbeitslebens als Voraussetzung der „Ent-Klassung“ der Arbeiterklasse (S. 492), wobei Schneider klar herausarbeitet,

dass die NS-Vorstellungen von „Volksgemeinschaft“ - wie wohl sie für den Einzelnen z.B. im Sozialbereich durchaus positive Ergebnisse haben konnten und mit zu der Massenzustimmung zur nationalsozialistischen Politik beitrugen - immer auch Ausgrenzung derjenigen bedeutete, die, vor allem aus rassistischen Gründen, nicht zu dieser Volksgemeinschaft gehören sollten, wie z.B. die Juden.

Die sich aus dieser Politik ergebenden Folgen für die Arbeiterschaft sind Gegenstand des dritten Kapitels: Arbeiterleben im „Neuen Staat“. Schneider weist nach, dass die nationalsozialistische Politik sich mit einer Reihe von Maßnahmen und Einflussfaktoren auf den Prozess der „Klassen- und Milieubildung oder -Rückbildung“ ausgewirkt hat. Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Überformung ihrer Symbole und Riten, Entrechtung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Arbeitswelt, Individualisierung der Arbeitsbeziehungen durch fortschreitende Rationalisierung und Abbau kollektiver Regelungsformen oder Fragmentierung der Arbeiterschaft durch zunehmende Lohndifferenzierung sind einige der vom Autor herausgearbeiteten Einflussfaktoren, die ihn zu folgendem Fazit kommen lassen: „Im Hinblick auf den in den zwanziger Jahren erreichten Stand von Binnenkommunikation, Zusammengehörigkeitsbewusstsein und organisatorischer Vernetzung können die durch die nationalsozialistische Politik forcierten oder eingeleiteten Wandlungsprozesse als Beiträge zur „Klassen-Rückbildung“, zur „Ent-Klassung“ der Arbeiterklasse verstanden werden. Durch diesen Aspekt wurde die Arbeiterklasse, die auf dem Wege zur „Klasse für sich selbst“ war, auf die Stufe der „Klasse an sich“ zurückgeworfen, was aber nicht heißt, „dass die Arbeiterschaft als soziale Klasse verschwunden wäre“ (S. 769). Vehement nimmt Schneider gegen die, in den letzten Jahren in zahlreichen Studien behauptete, Modernisierungsthese in Bezug auf das „Dritte Reich“ Stellung. „Dass dem Nationalsozialismus - unter Ausklammerung oder Minimierung der Dominanz seiner demokratiefeindlichen, imperialistischen und rassistischen Elemente - gesellschaftspolitische „Modernisierungs“-Leistungen zuerkannt werden, geht Hand in Hand mit einem Bemühen um die (vorgeblich) wertfreie Betrachtung auch

dieses Abschnitts der deutschen Geschichte. Ist das Bemühen um eine ebenso sachgerechte wie sachliche Aufarbeitung und Darstellung der nationalsozialistischen Vergangenheit auch zu begrüßen, so kann vor der Illusion einer wertfreien Betrachtung nur gewarnt werden".... Der Nationalsozialismus „leistete keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Modernisierung" (S. 23f., 780).

Im letzten Kapitel beschäftigt sich die Studie mit der Arbeiterbewegung in Illegalität und Exil. Die unterschiedlichen Widerstandskonzepte von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern werden ebenso dargestellt wie die programmatisch-strategischen Neuorientierungen. Neu Beginnen, Prager Manifest der SOPADE und Brüsseler Konferenz der KPD wären als Stichworte zu nennen. Auch die zahlreichen, letztlich erfolglosen Bemühungen um eine Einheits- oder Volksfront werden ausführlich dargestellt. Die Arbeiterschaft, so resümiert Schneider, war „weder integriert noch rebellisch. Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich vielmehr in ihrer großen Mehrheit mit den Verhältnissen in einem durchaus widersprüchlichen Prozess „arrangiert" - um vielleicht „mit Anstand" durchzukommen bzw. zu überleben... Wenn also für irgendeine soziale Schicht davon gesprochen werden kann, dass ein nennenswerter Teil der Angehörigen dem Nationalsozialismus zurückhaltend bis ablehnend gegenüberstand, dann für die -industrielle- Arbeiterschaft" (S. 1086). Für die Kerne der sozialdemokratischen, kommunistischen und katholischen Arbeitermilieus lässt sich, so Schneider, „eine (relative) Resistenz gegen die vollkommene Einbindung in die nationalsozialistische Gesellschaftsordnung feststellen", was „der fest vernetzten weltanschaulich-politischen und alltagskulturellen Praxis in diesen Bereichen zuzuschreiben" (S. 1083) gewesen ist.

Schneider hat eine hervorragende Gesamtschau der Thematik „Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939" vorgelegt. Eine spannend zu lesende Studie, die souverän die kaum noch zu überblickende Zahl von Detailstudien verarbeitet, regionale Sonderentwicklungen ebenso berücksichtigt wie auch die, sich aus den jeweils spezifischen Dimensionen der Arbeiterexistenzen ergebenden, unterschiedlichen Erfahrungen differenziert einbezieht und klar Stellung nimmt zu wichtigen Forschungskontroversen. Zusammenfassungen nach den ein-

zelnen Kapiteln erleichtern den Zugang zu der Vielzahl von Fragestellungen und Ergebnissen. Personen- und Sachregister ermöglichen den schnellen Zugriff zu Einzelfragen; Hinweise auf die benutzten Archivalien und die wichtigsten Publikationen runden ein beeindruckendes Werk ab. Es bleibt zu hoffen, dass der Folgeband, der die Kriegszeit 1939-1945 behandelt, nicht allzu lange auf sich warten lässt.

*Joachim Heinz,
Saarbrücken*

Irene Dingeldey, Britische Arbeitsbeziehungen. Gewerkschaften zwischen Konflikt, Kooperation und Marginalisierung, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden 1997, 335 S., 64 DM.

Oftmals wird in der Literatur das Bild vermittelt, dass während der fast zwanzigjährigen konservativen Regierungszeit die Macht der britischen Gewerkschaften gebrochen und die Gewerkschaften mehr oder weniger passives Opfer antigewerkschaftlicher Politik geworden sei. Irene Dingeldey nimmt in ihrer Dissertation die seit einigen Jahren kontrovers geführte sozialwissenschaftliche Diskussion zwischen den Vertretern der Kontinuitäts- und Deregulierungsthese auf. Gehen die einen davon aus, dass gewerkschaftliche Einflusschancen nicht gemindert worden seien, sondern vielmehr sich gewandelt hätten, geht das andere Konzept von einem substanziellen Wandel der Arbeitsbeziehungen aus, der die Gewerkschaften in die Knie gezwungen und in die Krise geführt habe. Dieser bipolaren Deutung setzt die Autorin mit ihrer Studie der britischen Arbeitsbeziehungen ihre eigene politikwissenschaftliche Sichtweise entgegen. Zur Prüfung dieser Konzepte eignen sich nach Ansicht der Autorin die britischen Gewerkschaften besonders, weil sie sich selbst in der „Opferrolle" sehen würden.

Die Untersuchung geht exemplarisch vor. Hergestellt werden die für gewerkschaftliche Politik zentralen Felder der Lohnpolitik und der Berufsausbildung. Beide Politikfelder stehen nach Auffassung der Autorin wesentlich für das Erreichen gewerkschaftlicher Ziele wie einem hohen Lohn-, Qualifikations- und Beschäfti-

gungsniveau. Außerdem gelten die beiden Politikbereiche als bedeutend für das ökonomische Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit in einer Volkswirtschaft.

Im ersten Kapitel erfolgt eine detaillierte und kenntnisreiche sowie kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstand der Verbandpolitik und Arbeitsbeziehungen. Das zweite Kapitel beleuchtet die wirtschaftlichen und institutionellen Ausgangsbedingungen und Handlungsvoraussetzungen für die Gewerkschaften, die Arbeitgeber(-verbände) und die Regierung.

Den Kern der Arbeit bilden Kapitel III und IV. Am Beispiel der Lohn- und Berufsbildungspolitik wird der Wandel und die Kontinuität der Arbeitsbeziehungen in Großbritannien unter dem Einfluss der konservativen Regierung und der Arbeitgeber einerseits und der häufig geänderten Strategien der unter Veränderungs- und Anpassungsdruck stehenden Gewerkschaften andererseits empirisch gehaltvoll nachgezeichnet. Es wird eindrucksvoll belegt, dass das spezifische britische System der Arbeitsbeziehungen den Gewerkschaften eine konfliktorientierte Strategie gewissermaßen 'aufdrängte'. Die Eigenarten der britischen Arbeitsbeziehungen sind eine geringe Verrechtlichung, die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, die geringe Institutionalisierung neo-korporatistischer Verhandlungsnetzwerke und die Dominanz konflikthafter Verhandlungsmuster; überbetriebliche Beteiligungsformen, wie wir sie in Deutschland kennen, sind kaum vorhanden. Die Gewerkschaften mussten also zur Durchsetzung ihrer Politik zur Mitglieder-mobilisierung greifen und 'provozierten' damit eine anti-gewerkschaftliche Stimmung bei den Arbeitgebern und der Bevölkerung, die von

der konservativen Regierung dankbar aufgegriffen und in eine Marginalisierungspolitik umgesetzt wurde. Auf die Veränderung ihrer Handlungsbedingungen reagierten die Gewerkschaften mit einem partiellen Wandel ihrer Organisationsstrukturen, mit Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Machtressourcen und mit einem begrenzten Wandel ihrer Strategien.

In Kapitel V wird das Resümee gezogen. Mitte der neunziger Jahre lässt sich die Situation der britischen Gewerkschaften als eine zwischen Konflikt, Kooperation und Marginalisierung charakterisieren: Für eine weiterhin konflikthafte Politik sind die Gewerkschaften zu stark geschwächt worden, für eine kooperative Politik gingen ihre innergewerkschaftlichen Reformen nicht weit genug, sodass sie gegenwärtig noch in der Marginalisierung verharren (müssen).

Die Studie bietet für jene LeserInnen viel Stoff, die an einer am aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussionsstand der Verbände- und institutionellen Politikforschung ausgerichteten Untersuchung interessiert sind. Sie richtet sich aber auch an LeserInnen, die vornehmlich daran Interesse haben zu erfahren, wie sich die britischen Gewerkschaften während des Thatcherismus verändert und gewandelt haben. Es ist spannend zu verfolgen, wie die konservative britische Regierung die Gewerkschaften nicht nur marginalisiert hat, sondern die Gewerkschaften (sicherlich unbewusst) auch dazu zwang, sich zu erneuern, wollten sie nicht gänzlich randständig werden.

*Klaus Zühlke Robinet,
Gelsenkirchen*